

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1922

17 (9.2.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-874950](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-874950)

Wachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kosten das Vierteljahr Mk. 12.— einschließlich Postgebühren.
Bestellungen übernehmen alle Postanstalten, Briefträger und unsere Boten.
Leitung: H. Str. Druck und Verlag von L. Str.



Anzeigen kosten die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum Mk. 1.—
Auswärtige Anzeigen Mk. 125 — Reklamespalt Mk. 2.—
Anzeigenannahme bis spätestens vormittags 10 Uhr am Tage der Ausgabe des Bl.

Nr. 17.

Elsfleth, Donnerstag, den 9. Februar

1922.

Tages-Beizer.

(9. Februar)

⊙Aufgang: 8 Uhr 00 Min.
⊙Untergang: 5 Uhr 24 Min.

Hochwasser:

12 Uhr 13 Min. Vorn. — 12 Uhr 52 Min. Abn.

Die Neubautätigkeit im Jahre 1921.

Die Aufbringung der Mittel für das Jahr 1921 wurde grundsätzlich den Ländern überlassen. Das Reich stellte lediglich 1,5 Milliarden Mark als Vorbehalt zur Verfügung. Durch das „Gesetz betreffend die vollständige Förderung des Wohnungsbaues“ vom 12. Februar 1921 wurden die Länder verpflichtet, in den Jahren 1921/22 zusammen mindestens einen Betrag von 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung für den Wohnungsbau aufzubringen. Zur Deckung dieser Beträge soll eine Wohnungsabgabe erhoben werden. Die näheren Vorschriften über diese enthält das „Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues“ vom 26. Juni 1921. Danach wird für die Verzinsung der Abgabe der jährliche Nutzungswert der Gebäude nach dem Stande vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt. Die Abgabe beträgt 5 v. H. Doch haben die Gemeinden zu dieser vom Lande erhobenen Abgabe als Aufschlag gleichfalls 5 v. H. des Nutzungswertes zu erheben. Ein gewisser Teil der Abgabe ist an das Reich abzuführen, aus ihm wird ein Ausgleichsfonds gebildet, der vom Reichs- arbeitsminister verwaltet wird. Zur Zahlung der Abgabe verpflichtet, wer zum Gebrauch eines Gebäudes berechtigt ist, d. h. also in erster Linie der Mieter. Die Länder können jedoch die Abgabe auch als Aufschlag zu den bestehenden Steuern, wie z. B. der Grundsteuer, erheben. Dieser Weg soll in Preußen beschritten werden. Zur Gewährung von Bauzulassungen im Jahre 1922 wird eine Erhöhung der Wohnungszahl um 50 Prozent von der Reichsregierung für notwendig gehalten, ein entsprechender Gegenentwurf ist dem Reichstag vorgelegt. Hierdurch soll der Bau von etwa 60 000 bis 70 000 Wohnungen ermöglicht werden. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß sich z. B. die Höhe der Baukosten im Jahre 1922 kaum übersehen läßt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine 100prozentige Verzinsung gegenüber den Kosten im Jahre 1921 eintritt, und daß für eine 3-Zimmerwohnung 120 000 Mark und mehr aufgebracht werden müssen.

Die genaue Zahl der mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln hergestellten Wohnungen ist nicht bekannt. Selbst wenn man annimmt, daß seit dem Jahre 1919 mehr als 200 000 Wohnungen gebaut sind, wäre es doch gegenüber der Anzahl der fehlenden Wohnungen nur eine verhältnismäßig geringe Zahl. Im Laufe des Jahres 1921 hat sich allerdings eine gewisse Belebung der Bautätigkeit gezeigt. Auch die private Bautätigkeit begann sich wieder zu regen; doch wurden durch Privatunternehmer kaum Mietswohnungen, sondern fast ausschließlich Einfamilienhäuser (Villen) errichtet. Einen Anreiz hierzu mag die Aufhebung des Wohnraumvertragsrechts der Gemeindebehörde für Neubauten gegeben haben. Im Großstädten, vor allem in Berlin, zeigte sich das Verhalten kapitalstarker industrieller Unternehmen, besonders auch der Banken durch Errichtung neuer Stockwerke auf bestehenden Gebäuden neue Büroräume zu schaffen. Im allgemeinen ist jedoch nach wie vor nur die Gewährung aus öffentlichen Mitteln geeignet, die Neubautätigkeit in Gang zu halten.

Die Befreiung der Neubautätigkeit in den letzten Monaten führte in gewissen Gegenden Deutschlands bereits zu einem Mangel an Bauarbeitern. Einer der Hauptgründe lag darin, daß er während des Krieges und nach dem Kriege infolge des Darniederliegens der Bautätigkeit in erheblichem Umfang Bauhandwerker in andere Berufe abwanderten. Zur Befreiung des Mangels an Bauhandwerkern sind vom Reichsarbeitsministerium folgende Maßnahmen getroffen und unterstellt worden: Die Durchführung gelehrter Bauhandwerker, die jetzt in anderen Berufen beschäftigt sind, in ihre alte Tätigkeit; die Umschulung erwerbsfähiger Bauarbeiter und die härtere Heranbildung von Lehrlingen. Mit dem Beginn der Prosperität hat im übrigen das Angebot an Bauarbeitern zugenommen; doch ist zu erwarten, daß bei einer Belebung der Bautätigkeit wieder eine Knappheit an Arbeitern sich zeigen wird.

Besondere Mittel sind für die Herstellung von Wohnraumwohnungen verfügbar gemacht worden; sie werden durch einen Aufschlag auf die Kohlensteuern gewonnen. Dieser beträgt 6 Mark für die Tonne Steinkohlen und 8 Mark für die Tonne Koks und 2 Mark für die Tonne Rohbraunkohle. Das Aufkommen aus dem Kohlenfonds beträgt etwa 700 Millionen Mark jährlich. Aus dieser Summe Antisone für den Bau solcher Wohnungen gegeben, die ebenfalls für Arbeiter oder gewerkschaftliche und -berufliche Annehmlichkeiten des Kohlenbergbaues bestimmt sind. Das Beschäftigenwerden wird durch die Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau, sowie durch einzelne aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Preisbehörden durchgeführt. Mit den erwähnten Mitteln sind besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, im mitteldeutschen Braunkohlenrevier und im Mittelbezirk des Rheinlandes Siedlungen einer größeren Anzahl von Wohnungen errichtet worden.

Das Hilfswerk der Landwirtschaft.

Die Raugung der deutschen Landwirtschaft, die schon in Dresden stattfand, ist von großer, grundlegender Bedeutung. Das von ihr unternommene Hilfswerk hat zum Zweck, durch Steigerung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion jede Einfuhr von Lebensmitteln unnötig zu machen. Die Ausgaben für diese Beträge 1920 über 2 Milliarden Goldmark und werden 1921 um 700 Millionen gesteigert sein. Durch das Hilfswerk wird diese Ausgabe erparnt und der Unterhalt des deutschen Volkes von der Einfuhr aus fremden Ländern unabhängig gemacht werden.

Die gegenwärtige Betriebslage der Landwirtschaft im großen und ganzen zeigt 20 v. H. aller landwirtschaftlichen Betriebe in Großgrundbesitz, 80 v. H. in Mittel- und Kleinbesitz. Von jenen 20 v. H. werden etwa neun Zehntel, d. h. 18 v. H. aller Betriebe, von diesen 80 v. H. werden fast keine auf das intensive Bewirtschaften, so daß auf das intensive mit den besten neuzeitlichen Mitteln und Kenntnissen nur 18 v. H. aller Betriebe überhaupt bewirtschaftet werden, 82 v. H. dagegen nicht. Diese mit auch auf die mögliche höchste Intensivierung zu bringen, ist die Aufgabe.

Nach dem Plane des Hilfswerkes sollen dazu durch Ministeriale und Anstellungen sowie Mitarbeiter die Besetzung und Anleitung erteilt und durch Vertrauensmänner immer wieder ihre Befolgung überwacht werden, die sich besonders auf Maschinenkenntnis, Bodenmelioration und -bearbeitung, Düngemittelverwendung, Saatgutauswahl, Pflanzen- und Tierzucht, Schädlings- und Unkrautbekämpfung erstrecken.

Vor allem sollen jedoch die in den allgemeinen Verhältnissen liegenden Ursachen der mangelnden Intensivierung beseitigt werden. Hier ist die ungenügende, nicht rechtzeitige, unvollständige und ungleichmäßige Belieferung mit Maschinen und ihren Ersatzteilen, sowie die häufig geringe Belieferung mit künstlichen Düngemitteln der hauptsächlichste Mangel. Ihm soll durch laufende Bestellungen und die Maschinenindustrie sowie der Stoffindustrie abgeholfen werden, die diesen stabilen Absatz ihrer Erzeugnisse sichern und Vorratshaltung ermöglichen. Das Hilfswerk der Landwirtschaft kommt also direkt der Industrie zugute. Auch die Verbesserung und zweckmäßige Bewirtschaftung der Transportindustrie und der Transportmittelproduktion ist in das Programm aufgenommen, dabei auch vermehrte Ausbittlung privater und staatlicher Kraftwagen.

Auch die ungenügende und unisolierte Rentabilität der in den Boden gesteckten Arbeit und Gelder halten jetzt viele Besitzer von härterer Intensivierung ab. Die Ursachen dafür liegen in Preisniedrigkeit und Umverteilung, Steuererleichterung und schließlich in der Verschleidenheit des Mittels der einzelnen je nach Höhe des verfügbaren Betriebskapitals, der verfügbaren Bonität des Bodens und den nach Vorkommen örtlich und zeitlich veränderlichen ausfallenden Erträgen und Verzinssätzen. Das Programm der Landwirtschaft fordert deshalb u. a. die Erleichterung von jedem finanziellen Zwang und jedem staatlichen Zwang und Selbstverwaltung durch Berufsorganisationen. Die beste und zweckmäßigste Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion soll durch Verträge zwischen Erzeugern und Verbrauchern-Organisationen (Wirtschaftsverbände einzellicher und Gemeinden, Zonenerwerbe usw. andererseits) sichergestellt werden, jedoch unter Beteiligung des lokalen und berufsständischen Großhandels, da dieser allein die erforderliche Sachkenntnis in Verzug und Befriedigung vertritt, sowie Angebot und Nachfrage ausgleichen kann und weit hinaus. Im gleichen Zwenne wird in dem Programm die Neuordnung des Arbeitsrechts, sachdienliche Regelung der Arbeitszeit, der Entlohnung unter Bevorzugung des Naturallohnes und der Beamtentzung am Rohherange gefördert. Die Steuererleichterung soll sich der Selbstverwaltung der Landwirtschaft als Sachverständige bedienen, der dieselbe auch die Aufbringung und Verteilung der Steuererläufe und sachlichen Anforderungen und Grundfragen zu überlassen ist. Eine Entlastung der Steuererläufe der Intensivität der Wirtschaft und des Ertrages abnehmen, soll zur Heranzuschaltung möglichst hoher Erträge an Produkten anreizen und zugleich die Rentabilität sichern. Um weiterhin die Mitteln ausgleichen zu können, die durch die Verschleidenheit der verfügbaren Betriebskapitalien entstehen, sollen die Selbstverwaltungsorganisationen zu Kreditorganisationen angegliedert werden, mit dem Rechte, ihren Mitgliedern Darlehensanlagen aufzulegen zu können, sowie gleiche gilt von den Mitteln, die sich einstellen werden, sobald das durch die vermehrten Erträge gesteigerte Angebot die Preise sinken läßt.

Cosmerhöhung im Ruhrbergbau.

Die bei den Berliner Verhandlungen am 28. Januar ab 1. Februar d. J. angestrebte Kohnerhöhung wurde in einer Sitzung in Essen, an der die Vertreter der Beiden und der Bergarbeiterverbände teilgenommen haben, scheiterte.

An dem Abkommen vom 28. Januar, das den Preis für langwieriger, höherer Kohnerhöhung bildete, ist den Ruhrbergleuten eine Kohnerhöhung von 14 Mark auf den Grundbesitz angekündigt worden. Mit diesem Abkommen beschließen sich Konferenzen der Bergarbeiterorganisationen, und zwar solche des Bergarbeiterverbandes im Besitz des christlichen Gemein-

vereins in Essen, des arbeitermännlichen Vereins und der politischen Berufsvereinigungen. Sie alle daselbst das Thema und fahien dieselben Entscheidungen. Auch die kommunistische Union in Gelsenkirchen hielt Betriebsratkonferenzen ab. Mit diesem Abkommen beschließen sich die Konferenzen. Allgemein bedauerte man die Kohnerhöhung als zu niedrig, doch wurde sie schließlich angenommen. Im Februar sollen neue Kohnerhandlungen stattfinden, die am 1. März eine weitere Kohnerhöhung bringen werden. Nach mehr als die Kohnerfrage liegt aber den Ruhrbergleuten die Erweiterung des Betriebsratgesetzes am Herzen. Auf den Konferenzen wurden Klagen laut über eine systematische Sabotage des Betriebsratgesetzes durch die Unternehmer, über Nachregelung von Betriebsratsmitgliedern, schwarze Listen und die Nachforschung durch das Bergarbeitergeheimrat. Es wurden Entscheidungen gefasst, in denen eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte gefordert wird, daß sie das Recht haben sollen, einmal im Monat jedes Revier zu befragen, Befragungen über Kontrolle, über Produktion, Absatz und Selbstverbrauch auszuführen, das Recht der Betriebsräte in dem Grubenrevier und im Revier beschließen mit sich mit der Kohnerhöhung und der Verteilung auf den Weltmarktpreis. Es wurde verlangt, daß ein einheitlicher Kohlenpreis festgesetzt werde für jede Sorte. Jede Sorte solle nur einen Verrechnungspreis erhalten.

Politische Nachrichten.

Der Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes ist nunmehr im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt und wird in nächster Zeit mit Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und sonstigen Beteiligten beraten werden. Der Entwurf gestaltet die Arbeitsgerichte einheitlich nach dem bewährten Vorbild der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und will die Vorzüge eines schlichten und billigen Verfahrens unter paritätischer Heranziehung von Laienrichtern, die bisher nur einem Teile der Arbeiter und Angestellten zugute kamen, allen Arbeitnehmern zugänglich machen. Im Interesse der Beschäftigten sind die nächsten Verhandlungen mit anderen Einrichtungen sollen die neuen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten in eine organische Verbindung treten, bei der die erforderlichen sozialen Hilfsstellen in jeder Weise gesichert sind. Hierdurch wird zugleich erreicht, daß die ordentlichen Gerichte, anstatt durch Abtrennung großer wichtiger Rechtsgebiete zu verkleinern, auch auf ihren sonstigen Tätigkeitsgebieten unter dem befruchtenden Einfluß der Beschäftigung mit sozialen Fragen in enger Fühlungnahme mit sachkundigen Laien stehen.

Der Vierter-Ausschuß des deutschen Sozialkongresses hat die Vertreter der deutschen Sozialpolitik auf Grund der durch die Parteiverfassung geschaffenen Lage zu einer außerordentlichen Parteiverammlung nach Hannover einberufen. Da die deutschen Sozialkongresse deutscher Art in Berlin, München und Hannover die Unterdrückung des Viererausschusses für sich nicht als bindend anerkennen konnten, erklärten sie, um Verhandlungsfreiheit zu haben, ihren zeitweiligen Austritt aus der Organisation des deutschen Sozialkongresses. Sobald die durch den Vertrag bedingten Hindernisse beseitigt sind, dem alten organisatorischem Zusammengehören nichts mehr im Wege.

Einführung der Sommerzeit. Am 28. März dieses Jahres tritt im gesamten Gebiet die auf der letzten internationalen Fahrplankonferenz in Bern fälligen Bestimmungen empfohlene Sommerzeit in Kraft. Die Fahrpläne, die sonst erst am 1. Juni ausgestellt werden, werden dadurch vollständig umgeändert und müssen neu aufgestellt werden. Zu den von der Reichsregierung aufgestellten Fahrplänen in Essen herausgegebenen Industriefahrpläne wird die Berücksichtigung herausgegeben, in dem die Einführung der neuen Sommerzeit berücksichtigt werden wird.

Ueber den Rückgang des württembergischen Briefverkehrs wird mitgeteilt, daß der Anstieg im Briefverkehr auf ein Drittel gesunken ist. Bei den Aufgabepaketen ergibt sich eine Minderausgabe von 10 Prozent, bei den ankommenden Paketen ein Mindereingang von 35 Prozent. Im Entlastungen aus dem Dienst zu vermeiden, wurde, wie aus Stuttgart gemeldet wird, mit dem Jahresanfang der Postämter schon fest begonnen. Welche deutsche Briefmarken sind gegenwärtig im Umlauf? Die deutensationale Reichsausstrahlung rief folgende Anfrage an den Reichspostminister: Das Reichspostministerium erkundt das Volk nicht nur durch die Ausgabe eines Tarifbroschüren, in dem man vor lauter Geschäftsanzeigen die geübten Tarife nicht mehr finden kann, sondern es erhebt, wenn nicht der Volk, so doch die Briefmarkenangelegenheiten auch durch die Erhebung von Briefmarken immer neuer, nicht immer auf alle erhabener Ministerielle Höhe stehender Briefmarkenfähigkeiten. Wie fragen: Wieviele Arbeitskräfte werden im Reichspostministerium mit der Einführung immer neuer Entwürfe von Briefmarken beschäftigt? Welche Erparnisse oder Gewinne hofft der Herr Reichspostminister auf diesem Wege für seinen nach dem Reichsminister zu erzielen? Ist der Herr Reichspostminister außer allem Zweifel darüber, daß auf diesem Wege die von allen Seiten gewünschte Verminderung des Geschäftsbetriebes auch sicher erreicht wird?

Wirtschaftliches.

Neue Steuern auf Bier und Bismarck. Im Verbandssteuerauschuß wurde beschlossen, die Steuerhöhe für Bismarck mit einem Einkommensteuern von 8 bis 9 Prozent um ein Viertel zu ermäßigen. Zur Förderung

Zuschlages ermäßigt, und zwar wird die Ermäßigung größer, je weiter die Entfernung ist. Gegen die Sätze vom 1. Dezember 1920 sind die neuen Tarife im Tierverkehr vervielfacht.

Seit dem Ausbruch des Eisenbahnstreiks macht sich eine merkwürdige Steigerung des Autoverkehrs bemerkbar. Tag und Nacht ertönen die Puffsignale und die Wagen raseln durch die Straßen. Es ist gut, daß es auch solche Verkehrsmittel gibt.

Heftige Steuerzahler sah man in diesen Tagen nach der hier anzuwendenden Besetzung wandern. Eine schöne Summe Geldes wurde dort zusammengetragen, viele Steuerzahler bekamen noch Geld wieder heraus. Mühte man sich bis zur Abfertigung doch eine geraume Zeit warten, so war man aber am Ende doch froh, seiner Steuerpflicht Rechnung getragen zu haben.

Die Vorbereitungen zum dem großen Wohltätigkeits-Abend des „Reichsbundes der Kriegsgeliebten, Hinterbliebenen und Teilnehmer“ für seine Konfirmanden, findet in vollem Gange. Der Abend findet am 25. Februar im „Lindl“ statt. Die Darbietungen sind sehr reichhaltig. Der Wohltätigkeit an diesem Abend sind keine Schranken gesetzt. Etwas freundlicher zugehörte Gaben seitens der Mitglieder wolle man möglichst bald beim Vorstand des Vereins anmelden. Programme und Eintrittskarten sind von Anfang nächster Woche an in den Vorverkaufsstellen zu haben. Für Mitglieder sind solche dann beim Kassierer K r i d e r und an der Abendkasse erhältlich. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Notstandsmaßnahmen für Rentenempfänger. Die Städte und Gemeinden in unserm Lande sind eifrig mit der Durchführung des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zwecks Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestellten-Versicherung vom 7. Dezember 1921 beschäftigt. Die Gemeinden sind nach diesem Gesetz verpflichtet, deutschen Empfängern von Renten aus der Invaliden-Versicherung auf Antrag eine Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützung ist in der Invalidenversicherung in einer solchen Höhe zu bemessen, daß das Gesamteinkommen des Empfängers einer Invalidenrente oder Altersrente den Betrag von 3000 Mark, einer Witwen- oder Witwenrente den Betrag von 2100 Mark, einer Waisenrente den Betrag von 1200 Mark erreicht. Entsprechende Unterstützungen sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, an Witwen jedoch nur, wenn die invalide im Sinne der Invalidenversicherung sind. Anträge sind bei der Gemeinde des Wohnortes des Rentenempfängers zu stellen. Die Gemeinden sind verpflichtet, den Rentenempfängern bei Geltendmachung ihrer Ansprüche behilflich zu sein. Die entscheidende Arbeit ist so umfangreich, daß die größeren Gemeinden besondere Hilfskräfte zu ihrer Vermittlung aufstellen müssen. Die Ausschüsse, die in den Gemeinden über die Festsetzung der Rente zu entscheiden haben, sind ebenfalls überall in Bildung begriffen. Die größeren Gemeinden wählen dazu in der Regel zwei Vertreter der Rentenempfänger, des Gemeinderats und des Pflieger- oder Wohlfahrtsausschusses. Es wäre zu wünschen, daß die ganze Aktion so rasch wie nur irgendwiew möglich durchgeführt würde, damit die Sozialrentner, deren Not wirklich riesengroß ist, bald in den Genuß der Unterstützung kommen.

Achtung, Kriegsteilnehmer! Vom Zentralverband deutscher Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebener wird mitgeteilt: Nach § 52 des Reichsversicherungsgesetzes vom 12. Mai 1920 muß jeder Kriegsteilnehmer bei etwaigen Dienstbeschädigungen seinen Versorgungsanspruch zur Vermeidung des Ausschlusses innerhalb zweier Jahre anmelden. Diese Frist läuft am 31. März d. J. ab. Kriegsteilnehmer, die glauben, irgendeine Dienstbeschädigung davongetragen zu haben, müssen daher sofort ihre Versorgungsansprüche beim zuständigen Versorgungsamte geltend machen.

Was verdient ein Lokomotivführer? Nach dem gegenwärtig geltenden Besoldungsgesetz verdient ein Lokomotivführer in Ortsklasse A mit zwei Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren ein Anfangsgehalt von

31 640 Mark und ein Endgehalt von 39 560 Mark, also ein Durchschnittsgehalt von 35 580 Mark. Darin enthalten ist die den Lokomotivführern zuzurechnende Aufwandserschädigung in Höhe von 3600 Mark. Wie manche Mittelstandsfamilie, die keine Dienstwohnung, keinen Garten und Stallung, und deren Erzhörer keinen Anspruch auf Pension hat, möchte mit einem Lokomotivführer tauschen.

Der Verein deutscher Schreibstiftfabrikanten hat in seiner letzten Sitzung mit Rücksicht auf die stark gestiegenen Herstellungskosten, namentlich wegen der ungewöhnlichen Preissteigerung auf dem Papiermarkt und infolge neuer Lohnbewilligungen auf den Verkaufspreise für Schulhefte um circa 60 bis 70% der bisher gültig gewesenen Preise mit sofortiger Wirkung erhöht.

Suntebrück. In Stolles Gasthof „Zur Erholung“ findet am Sonnabend, den 11. Februar, ein Vorkierfest mit Konzert und Ball statt. Der Anfang ist um 7 Uhr.

Surrel. Schon wieder wurde unser Ort von Einbrechern heimgesucht, und zwar diesmal in der Nacht zum Freitag. Beim Galtnirt Busch wurde ein Fenster zum Vordraum zertrümmert und daraus Sped und Schinken von zwei geschlachteten Schweinen entwendet. Mit einem Handwagen des Busch ist die Beute fortgeschafft worden. Der leere Wagen wurde am folgenden Tage an der Bremer Chaussee hinter einem Wall gefunden. Vermutlich ist von dort die Beute mit einem Auto oder Wagen weitergeschafft worden.

Delmenhorst. Die Feuerwehr wurde vor einigen abenden nach dem Hause des Marktorgels Fezels an der Granelstraße alarmiert. Es handelte sich um einen Schornsteinbrand, der bei der Ankunft der Feuerwehr schon gelöscht war. Die Feuerwehr wurde morgens gegen 4 Uhr zum zweiten Male gerufen nach dem Hause Nelkenstraße 1. Die Bewohnerin des ersten Stockwerks wurde durch einen Knall aufgeschreckt. Beim Aussteigen entdeckte sie, daß aus der Fugen des Fußbodens starker Qualm emporstieg. Der Fußboden war mit Torfmull unterlegt. Aus dem in der Küche stehenden Herd waren jedenfalls Kohlen auf den Fußboden gefallen, der Fußboden brannte durch und das Torfmull schmornte durch die Fußböden des ganzen Stockes weiter. Der Feuerwehr gelang es nach anderthalbstündiger Arbeit, das Feuer zu beseligen und ein weiteres Umsichgreifen zu verhüten.

Odenburg. Allgemeines Mitleid empfindet man mit der Witwe Kuhlmann in Oerperfen, die im Laufe weniger Jahre fünf blühende Söhne und ihren Mann ins Grab stufen sah. Einer wurde im Felde vermisst, zwei starben an den Folgen von Kriegsverletzungen, während innerhalb sechs Wochen zwei im besten Mannesalter stehende Söhne einer Lungenentzündung zum Opfer fielen. Außerdem befindet sich seit zwei Jahren eine Tochter in geistiger Umarmung.

Odenburg. Mit Anlage 24 legt das Staatsministerium dem Landtage die Rechnungsabläufe der Zentralkasse für den Landesteil Odenburg mit ihren Nebentassen für das Jahr 1920 vor. Die Nachweisungen der Einnahmen und Ausgaben ergeben in ihrem Abschluß durch Landtagsbeschluß nicht gedeckter Mehrausgaben, und zwar bei der Zentralkasse 1 763 174 Mark (entstanden durch die Erhöhung der Dienstentkommen und der Dienstaufwands- und Fahrtenerschädigung und durch das Steigen der Preise für Bekleidung usw.), bei der Landestasse Abteilung A (Allgemeiner Fonds) bei den außerordentlichen Ausgaben 3 081 111 Mark, bei der Landestasse Abteilung B (Landesbaufonds) 351 645 Mark. — Anlage 51 enthält die Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten im Landesteil Odenburg im Forstbetriebsjahr 1920-21.

Varel. Ein Hengstjücker des Amtes Varel forderte von Holländern für seinen Prämienhengst eine Million Mark. Ein Verkauf kam aber nicht zustande.

Aus dem Lande. Ein Landmann begab sich kürzlich auf das Finanzamt seines Bezirks, um die Gründe seiner hohen Einkommensabgabe zu erfahren. Hier eröffnete man ihm, daß er auch zwei Pferde verkauft habe. Der Landmann war darüber nicht wenig

erstaunt, denn davon wußte er nichts. Als er näher nachfragte, zeigte man ihm einen in den Ästen angeklebten Ausschmitt aus der Zeitung, wonach er zwei Pferde verkauft wolle. Die Tiere sind aber nicht verkauft worden. Wie nebenbei bemerkt sein mag, hat ein Pferdehändler auf dem Ammerlande wegen zu hoher Einschätzung sein Geschäft aufgeben müssen. (W.)

Hamburg. Seit acht Tagen beschäftigt die Hamburger Kriminalpolizei das geheimnisvolle Verschwinden einer jungen Frau. Am 23. Januar ist die Schneiderin Elisabeth Reinicke von Ludwigslunde nach Hamburg gefahren, um zu ihren Eltern am Doornmansweg zurückzukehren. Dort ist sie aber nicht angelangt. Die Verschwindene, die erst am 21. Januar ihr 18. Lebensjahr vollendet hatte, gilt als sehr hübsch. Man vermutet, daß sie irgend welchen Verbrechen, wahrscheinlich Mähdenshändlern, in die Hände gefallen ist.

Bückeburg. Die Tochter des Landwirts Aldag in Gellendorf fand dieser Tage einen unter der Haustür durchgeschobenen Brief, dessen Inhalt die verblüffende Aufforderung enthielt, daß der Besizer an einem bestimmten Tage bis abends 7 Uhr 5000 Mark in die Pferdebörse vor der Krugmühlfabrik von Wafner legen sollte, widrigenfalls sein Haus in Asche zu liegen käme. Auf Veranlassung des Wachtmeisters Wost in Süßfeld legte Aldag dann auch kurz vor 7 Uhr einen Brief mit der angeforderten Summe, die aber statt der ermittelten Scheine natürlich nur aus Zeitungspapier bestand, an der betreffenden Stelle nieder, während in der Umgegend ein Hilfsgebarnd und einige eingemeinte Gemeindeangehörige des weiteren warteten. Kurz nach 7 Uhr erschien richtig der unbekante Empfänger, auf den sofort der Angriff einsetzte, als er sich an die Durchsüdung der Krippe machte. Der festgenommene entpuppte sich als der 17jährige Schneiderlehrling Karl Wallbaum aus Odenkirchen.

Kurzbericht

Glücklicher Bankverein, Glöckler, vom 8. Februar 1922.

Aktien:	Brief	Geld
Glöckler Heringsfischerei-Gesellschaft	735.—	—
Glöckler Werft	510.—	480.—
Friedrich Werft	458.—	440.—
Odenburg-Portugiesische D. Ges.	960.—	—
Braker Heringsfischerei-Gesellschaft	628.—	625.—
Burgis Heringsfischerei-Gesellschaft	—	—
Norddeutsche Waggonfabrik	612.—	610.—
Wagenbau-Anstalt Odenburg	795.—	740.—
Chemische Fabrik Odenburg	785.—	—
Deutsche Kromhout-Motoren	315.—	310.—
B. Ludolph Aktien-Gesellschaft	350.—	330.—
Roland-Linie Bremen	338.—	330.—
Ganja-Loth-Werke	320.—	300.—
Aktien-Gesellschaft Wefer	820.—	—
Gesetz Aktien-Gesellschaft	—	640.—
Josef E. Tecklenberg Aktien-Gesellschaft	800.—	—
Dampfschiff-Gesellschaft Neptun	940.—	930.—
Bremer Chemische Fabrik Hude	—	600.—
Bremer Violeum-Werke	1428.—	1426.—
Delmenhorster Violeumwerke	1150.—	1140.—
Deutsche Violeumwerke Ganja	—	1150.—
Wefer Schokoladen-Aktien-Gesellschaft	—	1250.—
Alaswerke	697.—	695.—
Dampfschiff-Gesellschaft Argo	—	—
Dampfschiff-Gesellschaft Ganja	339.—	336.—
Hamburg-Amerikanische Paketfahrt	—	400.—
Hamburg-Bremer-Afrika-Linie	—	—
Norddeutscher Lloyd	298.—	297.50
Deutsche Dampfschifferei Nordsee	848.—	842.—
Norddeutsche Wollwämmerei	980.—	—
Devisen:		
Holland	7432.45	7417.55
England	868.40	868.60
Amerika	199.20	198.60

Endlich gesund.

Roman von Sedda v. Schmidt. (Nachdruck verboten.)

Der Dunkel hatte recht — das Kapital, welches Erich besaß, reichte nicht zum Ankauf eines Gutes, und Erich stand auch der Sinn nur nach Aufstehen, das wollte und mußte er einmal besitzen, so hatte er sich's gelobt. Dieser Gedanke, der so tief in ihm wurzelte, und den er aus dem Kopf umgesehen hatte, hatte ihm bewogen, die ihm angebotene Stelle eines Verwalters in Treuenbühl anzunehmen, weil Vorkauf in demselben Kirchspiel lag. Der Besitzer dieses Gutes, ein alter laider Jagdhof, schien die Absicht zu haben, das Alter Metbuhlens zu erreichen; ein hoher Witziger, dachte er trocken nicht ans Sterben. Erich wünschte ihn auch nicht aus der Welt, mochte er sich noch ruhig seines Dalens freuen. Wenn die Erben des alten Herrn — entfernte Nichten und Nichten — einmal gemüht sein sollten, Aufstehen zu verkaufen, so wollte er in der Nähe sein, um als Erbe Verzicht auf das einstige Kirchspiel seiner Eltern zu legen. Wenn er es erwerben würde, wußte er freilich noch nicht, wieviel Geld er dazu brauchte, eine kleine Anzahlung, und der Zweck seines Strebens war halb erfüllt. War Vorkauf erst sein, so wollte er mit Aufstehen aller seiner Nichten verfügen, es hinauf zu bringen und zu beweißen, daß es keine Sandgrube war, wie der Dunkel verächtlich behauptet hatte.

Erich hatte sich, seit er in Treuenbühl war, gefast, daß der Zufall oder das Schicksal ihn früher oder später mit seinem Vorkauf niederlegen sollte, aufkommenlassen würde. Ihm war eine Begegnung nicht unwillkommen, und er hoffte, mit der Zeit den erkrankten alten Herrn zu vererben.

Nun hatte sich das erste Aufammentreffen durch anscheinend streifende Veranlassung vollzogen, aber im Grunde war es gut so, denn so ward aller Schwelgerei und Ausschweiferei die Erde abgedrückt.

Langsam stieg der Nebel über die niedrigen Hügel empor, sein Reis wogmügendes, weiches Gesicht lächelte Erich so verheißungsvoll an, als wolle er sagen: „Ei nur geruht, du hast unter einem altpflanzlichen Himmel das Recht der Erde erkauft; wann du freiest, es wird dir anfallen.“

Die trübsinnige Stimmung in der Natur teilte sich Erich mit. Wie ein unabschließbares grünes Meer wogte das Gras der Wiege ihm zur Rechten; einige Wasserlöcher ließen aus der Ferne ihren Schrei ertönen, und ab und zu freugte ein langsam dahertommendes Wauerndes seinen Weg.

Die Gemüternadte dar's mit angehen, Das ist ein schwermütiges Nicken, Denksüßer durchwühlend den bunten Grund Das Traume, die ein zu guter Grund Das schmernde Herz mit erheitert!

„Ihr Erich vor sich hin.“ Das würde wohl Bräutlein Dra Nordlingen dazu sagen, wenn sie mit Jung-Werner reistieren hätte? Aber Anstich nach dürfte ich mich wahrnehmlich auf literarischem Gebiete höchstens bis zu Edward Müllers praktischem Handbuch des Altersbesitzes verziehen. Für mich schlägt keine Nachgital im Dürrenkranz, zwar funken die Sterne so sehr und so groß, aber mir unerschütterbar.“

An Renal gibt es eine Strafe, die nicht zum alten Neval gehört, sondern erst später entstanden ist. Dort, wo jetzt schmale Häuser sich erheben, war früher ein Platz außerhalb der Stadtmauer. Ueberreste von dieser sind noch jetzt vorhanden, und das drüben, wo die Schwelben Häuser unter dem Dachstuhl hängen, haben sich die Häuser ihre Feinsinnigkeit geschaffen. Aus den Fenstern dieser Häuser geriebt man einen weiten Ausblick auf die Nevalische Stadt, wo zur Zeit des Schiffvertrages zahlreiche Fahrzeuge aller Art ankern.

In einer Ecke dieser eben erwähnten Strafe ist ein stiller Stadthaus erbaut, ein schlichtes, und darauf steht über dem Haupteingang ein Stein, auf dem ein Bild zu sehen ist, das den Namen des Bauherrn zeigt.

zwar, aber doch immerhin ein Garten mit Bäumen, die Schatten spenden, einigen Rosenbüschen und Stille, unter den Bäumen. Die Heide der Bäume lugen neugierig durch das offene, breite Fenster in das Zimmer, welches noch der Gartenstele liegt.

Drinnen nimmt die ganze Länge der einen Wand ein altes, weißer Flügel ein, daran sitzt ein alter Mann mit schneeweißem Haar. Ein schwarzes Samtjackchen bedeckt sein Haupt, der schwarze Rock von altpflanzlichem Schnitt ist an den Nähten ein wenig abgediebt. Das ganze Zimmer ist peinlich sauber gehalten, aber unübersichtlich einwärts möbliert. Ein Rosenkranz liegt auf dem Boden, ein schwarzes Samtjackchen bedeckt sein Haupt, der schwarze Rock von altpflanzlichem Schnitt ist an den Nähten ein wenig abgediebt. Das ganze Zimmer ist peinlich sauber gehalten, aber unübersichtlich einwärts möbliert. Ein Rosenkranz liegt auf dem Boden, ein schwarzes Samtjackchen bedeckt sein Haupt, der schwarze Rock von altpflanzlichem Schnitt ist an den Nähten ein wenig abgediebt.

Auf dem hartgepolierten Sofa, über dem ein halberbrühter Querspiegel hängt, liegt ein junger Mann, den Kopf in die Hand gekläut. Dieser Blick er wor sich hin, seine Unterarmen — er ist hinter — liegt vor ihm auf dem länglich runden Mahagonitisch. Ueberaus zerren die Finger seiner Rechten an dem Rand der Mütze, in abgerissenen Sägen kommt es über seine Lippen: „Hier, hier ist sie oft, über dort am Flügel, dann, als sie mein Vieh, das sie komponiert hatte, mit vorspielte; und nun werde ich sie nie wieder sehen, keinen Grund aus ihrem Munde, keinen Ton der Tanten unter ihren Händen ertönen hören. Kann denn der Tod so grausam sein, kann er durch seine unerforschliche Macht so jäh Menschenkind vernichten?“

Verteibuna total

